

ANHANG

für das Wirtschaftsjahr 2010

I. Grundsätzliche Angaben

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) wird nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 7. Dezember 2000 als Eigenbetrieb im Sinne des § 102 GemO BW geführt. Die Betriebssatzung vom 7. Dezember 2000, zuletzt geändert am 22. September 2005, trat zum 1. Januar 2001 in Kraft.

II. Angaben zur Form und Darstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Formblätter 1 (Bilanz) und 4 (Gewinn- und Verlustrechnung) der EigBVO Baden-Württemberg zugrunde gelegt und um die AWS-spezifischen Posten erweitert. Erstmals wurden die Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 berücksichtigt. Von der Möglichkeit des Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB, die gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB anzugebenden Vorjahreszahlen bei erstmaliger Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG nicht an die geänderten Bewertungsmethoden anzupassen, wurde Gebrauch gemacht.

III. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

a) Anlagevermögen

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten zzgl. Anschaffungsnebenkosten bewertet. Sie wurden entsprechend der betrieblichen Nutzungsdauer planmäßig linear abgeschrieben.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten zzgl. Anschaffungsnebenkosten abzüglich Preisminderungen bewertet. Abnutzbare Vermögensgegenstände wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Wertansatz der Deponie Einöd A II in Stuttgart-Hedelfingen wurde entsprechend der Verfüllung abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 € sind im Jahr des Zugangs als Aufwand gebucht worden. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150 € bis zu 1.000 €, die nach dem 31. Dezember 2007 angeschafft worden sind, wurde der jährlich zu bildende Sammelposten (sog. Poolbewertung) aus Vereinfachungsgründen in die Handelsbilanz übernommen. Von den jährlichen Sammelposten, deren Höhe insgesamt von untergeordneter Bedeutung ist, werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften pauschalierend jeweils 20 Prozent p. a. im Jahr, für dessen Zugänge er gebildet wurde, und den vier darauf folgenden Jahren abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen wird ein Spezialfonds in Höhe von rd. 50,1 Mio. € ausgewiesen. Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren, am Bilanzstichtag beizulegenden Wert ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagenspiegel gezeigt. Grundsätzlich werden für die Ermittlung der Nutzungsdauer die wirtschaftlichen Nutzungsdauern angewendet.

b) Umlaufvermögen

Die Vorräte wurden bis auf die fertigen Erzeugnisse (Festwert) zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder mit dem niedrigen beizulegenden Wert bewertet.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Für das Ausfallrisiko wurden Einzel- oder pauschale Wertberichtigungen gebildet.

Die Forderungen an die Landeshauptstadt Stuttgart/andere Eigenbetriebe betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit von einem Jahr.

c) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft zum größten Teil die einmalige Vorauszahlung an die EnBW Kraftwerke AG aus dem Verbrennungsvertrag zum 01.01.2005 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2024.

d) Eigenkapital

Auf die Festsetzung eines Stammkapitals gem. § 12 Abs. 2 EigBG BW wurde verzichtet. Die allgemeine Rücklage beträgt rd. 6,5 Mio. €, die zweckgebundenen Rücklagen rd. 4,3 Mio. €. Die Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage erhält Beträge in Höhe von rd. 2,6 Mio. € aus der BilMoG-Umstellung bei den Deponierückstellungen.

e) Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Altersteilzeit und Jubiläen und Beihilfe wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gebildet. Dabei wurden folgende Parameter verwendet:

Rückstellung	Rechnungszinssatz	Gehaltstrend	jährliche Pensionssteigerung	Jährliche Beihilfesteigerung
Pensionen	5,15 %	2,0 %	1,0 %	-
Altersteilzeit	4,07 %	2,0 %	-	-
Jubiläen	5,15 %	2,0 %	-	-
Beihilfe	5,15 %	-	-	2,0 %

Die Rückstellungen für Pensionen betragen rd. 5,42 Mio. € und wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck ermittelt. Der aufgrund BilMoG zum 01.01.2010 resultierende Mehraufwand in Höhe von rd. 1,03 Mio. € wurde in voller Höhe über den außerordentlichen Aufwand in das Berichtsjahr übernommen. Basis war ein Rechnungszinssatz von 5,25 %.

Die Steuerrückstellungen betragen rd. 718 T€ und betreffen mögliche Steuernachforderungen aus einer steuerlichen Betriebsprüfung des Betriebsbereiches Mineralische Deponie für die Jahre 2000 - 2003.

Die sonstigen Rückstellungen betragen rd. 77,8 Mio. € und beinhalten als wesentliche Posten die Deponierückstellungen in Höhe von rd. 52,1 Mio. € sowie die Gebührenausgleichsrückstellungen in Höhe von rd. 16,9 Mio. €.

Die Bewertung der Rückstellungen berücksichtigt alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden entsprechend der Vorschriften des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Im Rahmen der BilMoG-Umstellung wird bei den Deponierückstellungen das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB in Anspruch genommen. Danach wurden die zum 1. Januar 2010 grundsätzlich aufzulösenden Beträge, die bis zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssten, beibehalten. Der beizubehaltende Betrag beträgt zum 1. Januar 2010 rd. 26,0 Mio. €, die Überdeckung zum 31. Dezember 2010 rd. 24,4 Mio. €. Der überschießende Betrag zum BilMoG-Eröffnungstichtag in Höhe von rd. 2,58 Mio. € wurde der zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Für die Rückstellungen Gebührenausgleich und Restrukturierung, für die das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ebenfalls ausgeübt wurde, beträgt der beizubehaltende Betrag zum 1. Januar 2010 rd. 2,03 Mio. €, der Betrag der Überdeckung zum 31.12.2010 rd. 1,62 Mio. €.

f) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Verbindlichkeiten	Gesamt-betrag in €	Davon		
		Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	59.957.379,40 (63.126.738,05)	3.294.548,31 (3.169.358,65)	14.531.966,26 (13.979.765,52)	42.130.864,83 (45.977.613,88)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	5.041.024,00 (5.825.548,43)	5.041.024,00 (5.825.548,43)	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	164.752,07 (0)	164.752,08 (0)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber der LHS und anderen Eigenbetrieben (Vorjahr)	0 (929.249,89)	0 (929.249,89)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	134.615,28 (155.553,02)	134.615,28 (155.553,02)	0	0

Die Verbindlichkeiten sind weder durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

Zum Bilanzstichtag ergeben sich ausschließlich aktive Steuerlatenzen in Höhe von rd. 465 T€. Der Eigenbetrieb macht von dem Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch, sodass ein Ansatz latenter Steuern in der Bilanz unterbleibt.

g) Umsatzerlöse

	2010 €	2009 €
a.) Öffentlich-rechtliche Entgelte	58.765.303,19	58.542.533,61
b.) Erlöse aus Kooperationen	16.792.509,33	16.694.486,84
c.) Leistungsentgelte Stadt Stuttgart	17.541.700,20	16.238.713,77
d.) Erlöse Stadt Stuttgart	6.153.526,92	6.840.724,66
e.) Sonstige Erlöse	7.652.993,16	7.404.203,22
	106.906.032,80	105.720.662,10

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf die Betriebsbereiche:

	2010 €	2009 €
Abfallentsorgung	78.871.604,75	78.063.354,87
Straßenreinigung und Winterdienst	19.621.537,25	18.737.776,79
Fahrbetrieb	5.587.903,06	4.050.274,75
Mineralische Deponie	1.145.891,26	1.309.642,08
Werkstatt	95.744,92	2.340.606,69
Öffentliche Toilettenanlagen	1.583.351,56	1.219.006,92
	106.906.032,80	105.720.662,10

Der Bereich Verkehrszeichenorientierung ist ab den Berichtsjahr dem Betriebsbereich Fahrbetrieb zugeordnet (im Vorjahr dem Betriebsbereich Werkstatt). Damit sind die Vorjahreszahlen nicht vergleichbar.

h) Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind rd. 550 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen sowie rd. 1,03 Mio. € Erträge aus Anlagenabgängen enthalten.

i) Materialaufwand

Im Materialaufwand in Höhe von rd. 57,7 Mio. € sind Aufwendungen für Entsorgungs- und Verwertungsleistungen in Höhe von rd. 42,2 Mio. € enthalten sowie Zuführungen zu den Deponierückstellungen in Höhe von rd. 4,1 Mio. € enthalten.

j) Personalaufwand

Der Personalaufwand in Höhe von rd. 33,2 Mio. € setzt sich zusammen aus rd. 25,2 Mio. € Löhne und Gehälter sowie rd. 5,0 Mio. € soziale Abgaben und rd. 3,0 Mio. € Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung.

k) Abschreibungen

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen rd. 4,9 Mio. €.

l) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind rd. 2,5 Mio. € aus stadtinternen Leistungsverrechnungen enthalten.

m) Erträge aus anderen Wertpapieren des Anlagevermögens

Unter diesem Posten sind 500 T€ aus der Verzinsung des Spezialfonds enthalten.

n) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den Zinserträgen sind rd. 2,15 Mio. € aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen sowie rd. 286 T€ aus der Verzinsung des Betriebsmittelkontos enthalten.

o) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand von rd. 3,92 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Zinsen für das Schuldscheindarlehen im Zusammenhang mit dem Verbrennungsvertrag mit der EnBW in Höhe von rd. 2,5 Mio. € sowie Aufwand aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von rd. 1,34 Mio. €.

p) Einstellung in die Gebührenausgleichsrückstellungen

Die Einstellung in Höhe von rd. 7,01 Mio. € betrifft nahezu ausschließlich die Gebührenausgleichsrückstellung für die Abfallwirtschaft.

q) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuererträge in Höhe von rd. 215 T€ betreffen Rückerstattungen in Höhe von rd. 75 T€ sowie die Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von rd. 140 T€.

r) Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag beträgt 1.705.127,61 €.

IV. Ergänzende Angaben

1. Prüfungs- und Beratungsgebühren

Im Berichtsjahr fielen incl. Umsatzsteuer rd. 54 T€ an Gesamthonorar durch den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH an

2. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine außerbilanziellen Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB abgeschlossen.

3. Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Den Leistungsverrechnungen mit der Landeshauptstadt Stuttgart liegen folgende Verrechnungsgrundlagen zugrunde.

Betriebsbereich	Verrechnungsgrundlage
Straßenreinigung/Winterdienst Öffentliche Toilettenanlagen	Leistungsentgelt abgeleitet aus der Erfolgsübersicht des jeweiligen Wirtschaftsplans
Fahrbetrieb	Fahrzeugtarifkalkulationen je Fahrzeugtarifgruppe; Stundensatz für Verkehrszeichenorientierung
Werkstatt	Stundensatz für Hauptwerkstatt

Zu den Ergebnissen der Betriebsbereiche verweisen wir auf den Lagebericht.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus dem ab 01.01.2005 gültigen Verbrennungsvertrag resultieren Anlieferverpflichtungen für die LHS von jährlich 225.000 t Abfall (Garantiemenge). Die LHS ist berechtigt diese Verpflichtung selbst oder durch ihre Kooperationspartner oder – nach vorheriger Information der EnBW seitens der LHS – durch sonstige Dritte zu erfüllen. Gemäß § 8 des Verbrennungsvertrages ergibt sich für die Garantiemenge ein

laufender Behandlungspreis von 115,94 €/t zzgl. USt, welcher gem. § 10 des o. g. Vertrages einer Preisanpassung unterliegt.

Am Jahresende 2010 bestand ein Bestellobligo in Höhe von rd. 1.865 T€.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen im Rahmen von Leasing- Miet und Pachtverträgen bestehen in Höhe von rd. 2,9 Mio. €.

Für die Beschäftigten des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Stuttgart besteht eine betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage eines Gruppenversicherungsvertrages zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg nach Maßgabe des Tarifvertrages über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2009 8,22 %. Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter 2010 belief sich auf rd. 24,9 Mio. €. Pflichtversichert sind sämtliche Beschäftigte des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Stuttgart.

5. Durchschnittlicher Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand im Jahr 2009 betrug

Beamte	7,73
Beschäftigte	716,06
Auszubildende	9,0
Gesamt	<u>732,79</u>

6. Angaben zu den Organen des Eigenbetriebs

Betriebsleitung: Dr. Thomas Heß, Doktor der Geowissenschaften, Geschäftsführer

Die Geschäftsführerbezüge für Herrn Dr. Heß betragen im Berichtsjahr 115 T€. Darin enthalten waren mit 22 T€ erfolgsbezogene Komponenten sowie Sachleistungen in Höhe von 7 T€.

Mitglieder des Betriebsausschusses im Jahr 2010

Vorsitzender: Bürgermeister Dirk Thürnau

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadträtin Muhterem Aras, Steuerberaterin
Stadtrat Vittorio Lazaridis, Sonderschulrektor
Stadtrat Peter Svejda, Student
Stadträtin Thekla Walker, Naturpädagogin
Stadtrat Werner Wölfle, Jugendhilfeplaner

CDU-Fraktion

Stadtrat Alexander Kotz, selbst. Sanitär- und Heizungsbaumeister
Stadträtin Prof. Dr. Dorit Loos, Professorin
Stadträtin Iris Ripsam, Finanzwirtin
Stadtrat Jürgen Sauer, Wissenschaftlicher Referent
Stadtrat Fred-Jürgen Stradinger, Ministerialrat

SPD-Fraktion

Stadtrat Manfred Kanzleiter, Gewerkschaftssekretär
Stadtrat Hans H. Pfeifer, Citymanager
Stadträtin Monika Wüst, Meisterin der Hauswirtschaft

FDP-Fraktion

Stadtrat Prof. Dr. Dr. Heinz Lübbe, Arzt
Stadträtin Rose von Stein, Diplomhaushaltsökonomin

Fraktion Freie Wähler

Stadtrat Jürgen Zeeb, Freier Architekt

Fraktion SÖS und LINKE

Stadträtin Ulrike Küstler, Feinmechanikerin

Stuttgart, den 6. Mai 2011

Dr. Thomas Heß
Geschäftsführer